

<b>Vorwort</b>	8
<b>1. Gegenstand des Gutachtens</b>	12
<b>2. Ein praxisbezogener knapper Blick auf die Problemstellung</b>	15
<b>3. Allgemeine Legitimationen des ZVR</b>	17
3.1. Interessen der Berufsträger*innen als Zeug*innen	18
3.2. Interessen der Allgemeinheit und des/der Hilfesuchenden	19
3.3. Interessen des/der Einzelnen	20
<b>4. Geltender Rechtsrahmen des Sozialdatenschutzes und des ZVR</b>	21
4.1. Sozialrechtlicher Datenschutz und ZVR	21
4.2. Die strafrechtliche Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB)	23
4.3. Der dienstrechtliche Genehmigungsvorbehalt	25
4.4. Der Begriff des Zeugen bzw. der Zeugin	26
4.4.1. Der Zeuge/die Zeugin im zivilprozessualen Verfahren	27
4.4.2. Der Zeuge/die Zeugin im strafprozessualen Verfahren	28
4.5. Das ZVR für zwei Beratungsfelder im § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a, 3b StPO	29
<b>Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit</b>	5

4.5.1. Der Schutzzweck	30
4.5.2. Öffentliche Anerkennungskriterien	30
4.5.3. Der Umfang des ZVR	31
<b>5. Der Beschluss des BVerfG zum ZVR von 1972 in der Kritik</b>	<b>33</b>
5.1. Der Beschluss des BVerfG von 1972	33
5.2. Ein ZVR als Ausnahmetatbestand im Beschluss des BVerfG 1972	34
5.3. Kritik am Beschluss des BVerfG von 1972	35
5.3.1. Praxisferne zur heutigen Sozialarbeitspraxis	36
5.3.2. Unklare komplexe Schweigegebote und Aussagepflichten	37
5.3.3. Widersprüche zwischen sozialrechtlicher Geheimhaltungspflicht und strafrechtlich fehlendem ZVR	38
5.3.4. ZVR (nur) für bestimmte Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit	38
<b>6. Begründungen eines weitergehenden ZVRs in der Sozialarbeit am Beispiel der Fanprojekte</b>	<b>40</b>
6.1. Gewandeltes Jugendhilfeverständnis	40
6.2. Der Kontext der aufsuchenden Sozialen Arbeit	43
6.3. Fanprojektarbeit als Angebot der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit	45
6.4. Vertrauensschutz in der Jugendhilfe	47
6.5. Praxisprobleme, die aus fehlendem Zeugnisverweigerungsrecht resultieren	48

6.5.1. Anhaltende Belastungen selbst bei leichten Delikten	49
6.5.2. Langwierige Verfahren und existenzielle Bedrohungen für Sozialarbeiter	50
6.5.3. Vorwurf der Beihilfe zu einer Straftat	53
6.5.4. Staatsanwaltschaftliche Vorladung von Mitarbeiter*innen	55
<b>7. Rechtspolitische Vorschläge zur Reform des strafprozessualen ZVRs im Kontext von Sozialarbeit</b>	<b>58</b>
7.1. Generelles ZVR für Sozialarbeit im Rahmen des § 53 Abs. 1 StPO	59
7.2. Ein ZVR für aufsuchende Sozialarbeit im § 53 Abs. 1 StPO	60
7.2.1. Die Eingrenzung auf aufsuchende Sozialarbeit	61
7.2.2. Formale Voraussetzungen der Vertrauensschutzgarantie	61
7.3. Ein ZVR in der Sozialen Arbeit im Antragsverfahren	62
7.3.1. Antragsverfahren „dienstrechtlicher Genehmigungsvorbehalt“	62
7.3.2. Trägerspezifisches Antragsverfahren zur Erlangung des ZVR (Independent Judicial Review Procedure)	64
<b>Kurzfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>	<b>66</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>74</b>